

# 2021 Wahlprüfsteine BDK Baden-Württemberg

Antworten der Partei  
SPD Baden-Württemberg

# 1. Innere Sicherheit, Kriminalpolitik und Kriminalitätsbekämpfung

- 1.1. Welchen Stellenwert hat die Innere Sicherheit in Ihrer Parteiarbeit und wo siedeln Sie bei den anstehenden Landtagswahlen das Thema in einer Prioritätenliste der Themen an?
  - Die Innere Sicherheit ist ein originäres Thema der Landespolitik und hat deshalb eine hohe Priorität im Landtagswahlkampf – und auch in unserer Partei. Sicherheit darf keine Frage des Geldbeutels sein. Nur so kann man gewährleisten, dass der Staat sein Gewaltmonopol überall ausüben kann und Grundrechte für alle Menschen gelten. Ein starker Staat baut für mehr Sicherheit die Prävention aus, bekämpft Kriminalität effizienter und sorgt dafür, dass bestehende Gesetze schneller vollzogen werden.
- 1.2. Welche drei Themen im Bereich der Inneren Sicherheit sind für Sie in der kommenden Legislaturperiode am wichtigsten und welche konkreten Maßnahmen planen Sie in diesen Themen?
  - Für uns ist die Personalausstattung der Polizei, eine gute Bezahlung und die Attraktivität des Polizeiberufs wichtig. Deshalb machen wir uns stark für eine vorausschauende Personalplanung, die sich nach dem Bedarf und nicht nach Kassenlage richtet. Wir fordern die längst überfällige Erhöhung der Zulage für den lageorientierten Dienst der Polizei. Außerdem setzen wir uns für eine Laufbahnreform ein, um die Durchlässigkeit bei der Polizei weiter auszubauen. So bleibt der Polizeiberuf attraktiv.
- 1.3. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Polizeistruktur im Allgemeinen und die Struktur der Kriminalpolizei im Besonderen? Halten Sie weitere Anpassungen für erforderlich?
  - Wir wollen keine weiteren Polizeistrukturen. Die Polizei muss nun die Möglichkeit erhalten, sich in Ruhe und dauerhaft in den neuen Strukturen zurecht zu finden, um sich wieder auf das Wesentliche ihrer Arbeit konzentrieren zu können.
- 1.4. Wie steht Ihre Partei zum Thema Mindestspeicherfristen für Telekommunikationsdaten (sog. „Vorratsdatenspeicherung“)?
  - Die bisherigen Regelungen zur Vorratsdatenspeicherung waren verfassungswidrig und sind derzeit ausgesetzt. Es stehen hierzu noch mehrere Gerichtsurteile aus. Die Vorratsdatenspeicherung kommt erst dann in Betracht, wenn klar ist, ob und wie sie verfassungskonform ausgestaltet werden kann.
- 1.5. Wie steht Ihre Partei zur DNA-Erhebung als Standardmaßnahme von erkennungsdienstlichen Behandlungen?
  - Diese Forderung lehnen wir ab.

- 1.6. Wie steht Ihre Partei zum Thema einer Studie innerhalb der Polizei bzw. des gesamten öffentlichen Dienstes zu den Bereichen extremistische Einstellungen und Rassismus?
  - Wir begrüßen eine wissenschaftliche Studie des Bundes in Kooperation mit den Ländern zum Thema Racial Profiling und möglichen rassistischen Tendenzen in der Polizei. Die Polizei muss das Vertrauen aller Bürger\*innen genießen können. Wir stärken damit auch die Polizist\*innen, die sich kritisch gegen solche möglichen Tendenzen stellen. Auf Basis der Ergebnisse werden wir weitere politische Maßnahmen treffen. Sollte auf Bundesebene keine entsprechende Studie zustande kommen, streben wir nach vorliegendem Vorschlag eine eigene Studie der Länder an.
- 1.7. Welche Gedanken gibt es in Ihrer Partei zur Weiterentwicklung (oder auch Korrektur) des bestehenden Polizeigesetzes Baden-Württemberg?
  - Beide Polizeireformen weisen neben Änderungen, die wir unterstützen können, auch schwerwiegende Fehlentscheidungen auf. Dies gilt beispielsweise für anlasslose Personenfeststellungen und Durchsuchungen. Insgesamt wird sich zeigen, ob die neuen Regelungen tatsächlich verfassungsgemäß sind.
- 1.8. Wie steht Ihre Partei zu einem einheitlichen Polizeigesetz in Bund und Ländern?
  - Polizei ist Ländersache und so soll es auch bleiben. Ein einheitliches Polizeigesetz in Bund und Ländern halten wir nicht für praktikabel.
- 1.9. Wie möchte Ihre Partei den Strafverfolgungsanspruch des Staates bei der Bekämpfung von Cybercrime durchsetzen?
  - Die Stärkung der Cybersicherheit ist eine der größten Aufgaben und Herausforderungen im Bereich der Innenpolitik. Es ist aber nicht damit getan, eine neue Behörde einzurichten. Wir wollen, dass die Stellen wie das LKA und das LfV, die sich ebenfalls um die Cybersicherheit kümmern, aktiv miteinbezogen werden. Außerdem muss die Aufgabenabgrenzung zwischen den verschiedenen Akteuren klarer als bislang im Gesetz geregelt erfolgen.
- 1.10. Welche drei Initiativen wollen Sie auf Bundesebene im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung/Strafverfolgung möglichst schnell umgesetzt sehen?
  - Dies ist Aufgabe des Bundes.

# 2. Personal und Haushalt

- 2.1. Wie bewertet Ihre Partei die aktuelle Haushaltsstellenstärke der Polizei (Vollzugsstellen und Nichtvollzugsstellen) und die aktuelle tatsächliche Personalbesetzung der Stellen – auch im bundesweiten Vergleich?
  - Sowohl die Haushaltsstellenstärke der Polizei als auch die tatsächliche Personalbesetzung der Stellen bleiben hinter dem zurück, was wir für erforderlich ansehen. Der Innenminister hat zu Beginn der Legislaturperiode 1500 neue Stellen für die Polizei versprochen, die es aber nicht gibt. Es gibt nicht mehr Polizist\*innen auf der Straße als zu Beginn seiner Amtszeit.
- 2.2. Wie bewertet Ihre Partei die Personalentwicklung der Polizei in den letzten zehn Jahren – auch mit Blick auf einen Bundesvergleich und das Bevölkerungswachstum in Baden- Württemberg?
  - Die Polizeidichte in Baden-Württemberg ist – auch im Vergleich zu den anderen Bundesländern – zu gering. Die CDU-geführten Landesregierungen haben es zu Beginn der 2000 Jahre versäumt, die Weichen dafür zu stellen, dass die großen und absehbaren Pensionswellen in der Personalplanung Berücksichtigung finden. Statt mehr Polizist\*innen auszubilden, wurden 1000 Stellen im Bereich der Polizei abgebaut. Daran kann auch die aktuelle Einstellungsoffensive der Landesregierung nichts ändern.
- 2.3. Welche Maßnahmen planen Sie im Bereich der Haushaltsstellen für die Polizei – getrennt nach Vollzug und Nichtvollzug?
  - Wir setzen uns dafür ein, dass die Nachwuchsgewinnung für die Polizei auf einem konstanten Niveau erfolgt und nicht länger in Wellenbewegungen. Der Nichtvollzug muss weiter gestärkt werden, auch damit Verwaltungsaufgaben nicht länger vom Vollzug übernommen werden müssen.
- 2.4. Ist Ihre Partei bereit, einen Ausbildungskorridor in den nächsten Jahren im Vollzugsbereich der Polizei zu unterstützen, der über den reinen Nachersatz hinausgeht? Wenn ja, gibt es dazu bereits konkrete Vorstellungen?
  - Ja, dies unterstützen wir. Unser Ziel ist eine vorausschauende Personalplanung, die sich nach dem Bedarf und nicht nach Kassenlage richtet. Hierbei müssen Pensionswellen frühzeitig mitberücksichtigt werden. Wir wollen die Polizeidichte in Baden-Württemberg insgesamt verbessern.
- 2.5. Wie bewerten Sie die aktuelle Ausstattung der Polizei mit Haushaltsmitteln und plant Ihre Partei Anpassungen – auch mit Blick auf die Auswirkungen von Corona?
  - Wir sind grundsätzlich der Meinung, dass die Polizei – auch im Vergleich mit anderen Bereichen – gut mit Haushaltsmitteln ausgestattet ist. Wir sehen es aber als erforderlich an, dass mehr Mittel für die Modernisierung der Ausstattung der Polizei ausgegeben wird, zum Beispiel für die technische Ausstattung mit Smartphones.

- 2.6. Welche Änderungen plant Ihre Partei im Bereich der Besoldung und Versorgung in der kommenden Legislaturperiode?
  - Die Einkommen der unteren Besoldungs- und Tarifgruppen müssen erhöht werden, damit die Beschäftigten in Zeiten steigender Mieten und höherer Lebenshaltungskosten ihren Alltag bestreiten können. Wir fordern daher eine Anpassung der Besoldung für Beamt\*innen; besonders in den Fällen, in welchen der Mindestabstand zum sozialrechtlichen Existenzminimum nicht eingehalten wird. Analog dazu ist auch für die Angestellten des Landes in den zukünftigen Tarifverhandlungen der Länder darauf hinzuwirken. So ist beispielsweise das Eingangssamt A5 abzuschaffen und die Besoldungsgruppen A5 – A6 zur Wahrung des verfassungsrechtlichen Abstandsgebots auf A7 zu heben.
- 2.7. Wie steht Ihre Partei zur zeit- und inhaltsgleichen Übertragung von Tarifverhandlungen des TV-L, bei der voraussichtlichen Einigung im Jahr 2021?
  - Tarifabschlüsse für die Angestellten im öffentlichen Dienst sollen zeit- und inhaltsgleich auf Beamt\*innen übertragen werden.
- 2.8. Wie steht Ihre Partei zum Thema Bürgerversicherung mit Blick auf das bestehende Beihilfe- und Heilfürsorgesystem?
  - Qualität im Gesundheitssystem setzt eine angemessene Finanzierung voraus. Die Bürgerversicherung wird oft fälschlicherweise mit dem Britischen System des NHS verglichen, welcher eine Einheitsversicherung anbietet. Unser Ziel ist es, mit der Bürgerversicherung den Wettbewerb unter den Kassen im selben System für alle – darunter auch Selbständige und Freiberufler – zu ermöglichen. Mit dieser viel breiteren Finanzierungsbasis erfährt das Gesundheitssystem eine viel bessere Grundfinanzierung. Individuelle Zusatzversicherungen, die beispielsweise vom Arbeitgeber oder durch die Beihilfe übernommen werden, sind dann noch immer möglich und vervollständigen den Versicherungsschutz bedarfsgerecht.
- 2.9. Wie steht Ihre Partei zur dauerhaften Rücknahme von Stellenwiederbesetzungssperren?
  - Wir sind für eine dauerhafte Rücknahme von Stellenwiederbesetzungssperren.
- 2.10. Wie steht Ihre Partei zum Thema der Wiedereinführung einer Kleidergeldzulage für die Kriminalpolizei – und wie stehen Sie zu einer Ausstattung mit Einsatzkleidung für die Kriminalpolizei für die Bewältigung von offenen Einsatzlagen?
  - Wir tauschen uns gerne mit Ihnen dazu im Nachgang zur Wahl aus, um Möglichkeiten zu erörtern.

# 3. Öffentliches Dienstrecht

- 3.1. Wie steht Ihre Partei zum Thema Lebensarbeitszeitkonto/Langzeitarbeitskonto?
  - Die Einführung von Zeitkonten soll es den Beschäftigten erlauben, ihre Arbeitszeit den Bedürfnissen und Anforderungen unterschiedlicher Lebensphasen anzupassen. Eine Erhöhung oder Reduzierung der Arbeitszeit soll leichter erfolgen können. Eine doppelte Kontoführung in Form eines Kurzzeitkontos (unterjährig auszugleichen) sowie eines freiwilligen Langzeitkontos (Ansparungen für Sabbatjahr oder -monat) könnten ein erster Schritt sein.
- 3.2. Wie steht Ihre Partei zur aktuellen Wochenarbeitszeit der Landesbeamtinnen und -beamten sowie der Tarifbeschäftigten – sind hier Änderungen geplant?
  - Die Anpassung der Wochenarbeitszeit von Beamt\*innen und Tarifbeschäftigten muss perspektivisch in Angriff genommen werden. Derzeit ist eine pauschale Reduktion der Wochenarbeitszeit für die Beamt\*innen jedoch nicht umsetzbar, insbesondere angesichts personeller Engpässe im Bildungsbereich und bei der Polizei. Zum Einstieg könnte dennoch die nominelle Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden gesenkt und die 41. geleistete Stunde dem Langzeitkonto gutgeschrieben werden.
- 3.3. Wie steht Ihre Partei zur allgemeinen Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vollzugsdienst?
  - Eine allgemeine Verlängerung der Lebensarbeitszeit im Vollzugsdienst lehnen wir ab.
- 3.4. Gibt es in Ihrer Partei Überlegungen hinsichtlich einer Modernisierung des öffentlichen Dienstrechtes, wie es jüngst im Bund vorgenommen wurde?
  - Ja, wir wollen den öffentlichen Dienst wieder attraktiver machen. Der öffentliche Dienst ist – gerade in Konkurrenz zur Privatwirtschaft – nur dann interessant und erstrebenswert, wenn zum Beispiel die Bezahlung für die Beschäftigten attraktiv genug ist. Die Tarif- und Besoldungsentwicklung muss entsprechend in einem verlässlichen Rahmen stattfinden und der Aufstieg in andere Besoldungs- und Entgeltgruppen verbessert werden. Beamt\*innen und Tarifangestellte brauchen bessere Perspektiven und Karrieremöglichkeiten im öffentlichen Dienst. Beförderungen und eine Flexibilisierung im Laufbahnrecht tragen zur Motivation bei. Das Laufbahngruppensystem muss reformiert werden und die langjährige Praxis, dass Beschäftigte mittel- oder langfristig keine oder nur sehr begrenzte Aussicht auf Beförderung haben, ein Ende finden.
- 3.5. Wie steht Ihre Partei zur Angleichung der Pensionsansprüche an die sog. „Mütterrente“, wie sie im Bund und in einigen Bundesländern bereits erfolgt ist?
  - Um vor allem junge Frauen im Landesdienst nicht zu benachteiligen und auch für sie ein attraktiver Arbeitgeber zu sein, ist dies ein wichtiges Vorhaben. Vorrangig müssen wir uns allerdings darum kümmern, dass die befristeten Arbeitsverhältnisse nach der Ausbildung – beispielsweise im Lehrerbereich vom Ende der Sommerferien bis zu deren Beginn am Schuljahresende – ein Ende haben. Denn selbst die beste Mütterrentenregelung ist ohne die notwendige Planbarkeit im persönlichen Werdegang nichts wert.

- 3.6. Wie steht Ihre Partei zur Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage, wie sie beispielsweise in Bayern oder Nordrhein-Westfalen wieder eingeführt wurde?
  - Wir wollen die Ruhegehaltstfähigkeit der Polizeizulage nicht einführen.
- 3.7. Halten Sie die Vergütung im Bereich Rufbereitschaft und Überstunden/Mehrarbeit sowie die Zulagen für Lageorientierten Dienst in der Polizei derzeit für angemessen?
  - Nein. Wir wollen diese Zulage erhöhen und die SPD-Fraktion hat dies mehrmals in den Haushaltsberatungen im Landtag beantragt. Leider sind wir an der grün-schwarzen Landesregierung gescheitert, die dies nicht unterstützt hat. Die Anträge wurden mit Mehrheit der Regierungsfractionen von Grünen und CDU abgelehnt.
- 3.8. Gedenken Sie die Versorgungslücke, die für geschiedenen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte aufgrund der besonderen Altersgrenze (60.-62. Lebensjahr) seit 2009 besteht, zu schließen?
  - Wir tauschen uns gerne mit Ihnen dazu im Nachgang zur Wahl aus, um Möglichkeiten zur Korrektur zu erörtern.
- 3.9. Bei der jüngsten Änderung des Landesbesoldungsgesetzes wurde eine Zulage für kommissarisch tätige Revierleiter/innen beschlossen, das hat zu einer großen Gerechtigkeitsdiskussion in der Kripo geführt. Wie steht Ihre Partei zu einer zeitnahen Korrektur?
  - Wir tauschen uns gerne mit Ihnen dazu im Nachgang zur Wahl aus, um Möglichkeiten zur Korrektur zu erörtern.
- 3.10. Wie steht Ihre Partei zu einer Altersteilzeitregelung im öffentlichen Dienst für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nicht schwerbehindert sind.
  - Damit Beschäftigte bis zum regulären Renteneintritt arbeiten können und wollen, müssen altersgerechte Arbeitszeitmodelle Anwendung finden. Diese können mit den Lebensarbeitszeitkonten gekoppelt sein, müssen jedoch auch außerhalb dieser Maßnahme greifen, um Beschäftigten, die aktuell eine Frührente in Erwägung ziehen, eine sinnvolle und lohnende Alternative zu bieten

# 4. Kriminalpolizei

- 4.1. Was sind aus Ihrer Sicht die drei größten Herausforderungen im Bereich der Arbeit der Kriminalpolizei in Baden-Württemberg?
  - Die Kriminalpolizei braucht mehr Personal, um die gestiegenen Herausforderungen – zum Beispiel in den Bereichen Cyberkriminalität, Wirtschaftskriminalität, Extremismus oder zur Bekämpfung von Kinderpornographie – bewältigen zu können. Die Beförderungsperspektiven bei der Kripo müssen verbessert werden, damit die erforderlichen hochspezialisierten Beamt\*innen auch für die Kripo gewonnen werden können. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Kripo müssen verbessert werden, damit auch weiterhin qualifizierter Nachwuchs gewonnen werden kann. Dazu gehört auch, dass die Eingruppierungen im Bereich der Kripo (auch im Tarifbereich) verbessert werden.
- 4.2. Wie bewerten Sie die eingerichteten Sonderlaufbahnen Wirtschaftskriminalist und Cyberkriminalist? Planen Sie hier Anpassungen oder Weiterentwicklungen?
  - Wir finden es gut, dass die Sonderlaufbahnen Wirtschaftskriminalist und Cyberkriminalist eingeführt worden sind. Den Absolvent\*innen wird der direkte Einstieg bei der Kripo ermöglicht. Die neuen Sonderlaufbahnen sollten zum geeigneten Zeitpunkt evaluiert werden, um dann über Anpassungen und Weiterentwicklungen entscheiden zu können.
- 4.3. Welche Anforderungen stellt Ihre Partei an eine qualifizierte Aus- und Fortbildung von zukünftigen Kriminalistinnen und Kriminalisten und wie wollen Sie diese gewährleisten?
  - Aus- und Fortbildungsangebote sind im Bereich der Kripo besonders wichtig, da sich die Herausforderungen beständig verändern und völlig neue Arbeitsfelder hinzukommen oder größere Ausmaße als bislang annehmen. Deshalb muss das Aus- und Fortbildungsangebot ausgebaut werden und möglichst vielen ein Zugang dazu ermöglicht werden.
- 4.4. Wie beabsichtigen Sie, Perspektiven für Tarifbeschäftigte in der (Kriminal-)Polizei zu schaffen?
  - Die Tarifbeschäftigten müssen besser eingruppiert werden und regelmäßig weiterqualifiziert werden.
- 4.5. Wie bewertet Ihre Partei die Einstellung von Ermittlungsassistentinnen und -assistenten?
  - Grundsätzlich können Ermittlungsassistent\*innen dazu beitragen, die Polizei zu entlasten und bestimmte Aufgaben zu übernehmen. Allerdings muss sichergestellt werden, dass sie für ihre Aufgaben auch qualifiziert sind (oder werden) und dass sie angemessen bezahlt werden.

- 4.6. Wie steht Ihre Partei zur Entwicklung eines eigenen Berufsbildes der Kriminalfachangestellten/des Kriminalfachangestellten?
  - Wir tauschen uns gerne mit Ihnen dazu im Nachgang zur Wahl aus, um Möglichkeiten zu erörtern, wie dieses Berufsbild genau ausgestaltet werden könnte.
- 4.7. Wie bewertet Ihre Partei die Umsetzung der Dienstpostenbewertung in der Kriminalpolizei und gibt es aus Ihrer Sicht Anpassungsbedarf?
  - Wir wollen eine Evaluation und dann notwendige Anpassungen durchführen.
- 4.8. Wie steht Ihre Partei zu einer Freifahrtregelung für die Kriminalpolizei in öffentlichen Verkehrsmitteln, wie sie für die Schutzpolizei bereits eingeführt ist?
  - Dies können wir uns grundsätzlich auch für den Bereich der Kripo vorstellen.
- 4.9. Welche Maßnahmen sehen Sie in Ihrer Partei, um die Attraktivität des Kriminaldienstes im Vergleich zur Schutzpolizei zu erhöhen? Halten Sie das überhaupt für erforderlich?
  - Ja, Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität sind erforderlich. Die Kriminalpolizei braucht mehr Personal, um die gestiegenen Herausforderungen – zum Beispiel in den Bereichen Cyberkriminalität, Wirtschaftskriminalität, Extremismus oder zur Bekämpfung von Kinderpornographie – bewältigen zu können. Die Beförderungsperspektiven bei der Kripo müssen verbessert werden, damit die erforderlichen hochspezialisierten Beamt\*innen auch für die Kripo gewonnen werden können. Die Rahmenbedingungen für die Arbeit der Kripo müssen verbessert werden, damit auch weiterhin qualifizierter Nachwuchs gewonnen werden kann. Dazu gehört auch, dass die Eingruppierungen im Bereich der Kripo (auch im Tarifbereich) verbessert werden.
- 4.10. Welche Lehren können wir aus Sicht Ihrer Partei für die Arbeitswelt der (Kriminal-)Polizei aus der Corona-Lage 2020 (und darüber hinaus) bereits ziehen? Welche personellen, technischen und organisatorischen Maßnahmen halten Sie für erforderlich?
  - Homeoffice ist nicht in allen Teilen der Kriminalpolizei möglich. Dort, wo es möglich ist, müssen wir sie auch technisch ermöglichen.